

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
No. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt

Abonnementspreis: Bei der Post nach den Regeln des Reichsdruckgesetzes monatlich 60 Mark. Anzeigenpreis: Die Spaltzeile über deren Raum 5 Mk., die Restzeile 12 Mk. Umhüllungen, die die Post befördert, werden separat berechnet. Bei Abbestellung des Abonnements wird die Abgabe der Zeitungen eingestellt. Bei Abbestellung des Abonnements wird die Abgabe der Zeitungen eingestellt.

Nr. 210.

Altensteig, Freitag den 8. September.

Jahrgang 1922

Die Zertrümmerung der Presse.

Unter dieser Ueberschrift bespricht Dr. R. Carbe im „Berl. Tageblatt“ die in der deutschen Presse durch die wehrwirtschaftliche Lage geschaffene Situation. Er führt dazu u. a. folgendes an: Kann der Presse in ihrer Gesamtheit noch geholfen werden? Im vollen Bewußtsein meiner Verantwortung für dies Urteil sage ich: Nein! Für einen großen Teil unserer händelnden, politischen Presse gilt das bittere Wort: Zu spät! In wenigen Wochen, längstens Monaten, wird viele wertvolle, publizistische Organe das Schicksal unentrinnbar erfüllt haben. Da hat es keinen Zweck mehr zu rechten, ob Fabrikanten von Zellstoff, Holzstoff oder Papier übermäßige Gewinne gemacht haben oder noch machen, zumal solche Erörterungen ohne Gegenrede einem leicht den Vorwurf der Einseitigkeit einträgt. Sache der Preisprüfer im Reichswirtschaftsministerium wäre es, hier restlos Klärung zu schaffen: denn wir dürfen doch wohl hoffen, daß der Herr Reichswirtschaftsminister Schmidt sich der Wichtigkeit der Frage bewußt ist und nach dem Besten sieht. Man darf von ihm doch wohl auch erwarten, daß er der Ueberhebung der Lehre von den „Wiederbeschaffungskosten“ in Theorie und Praxis, wenigstens für den Reichsbereich seines Ministeriums Einhalt gebietet. Wenn aber auch, wie gesagt, nicht mehr allen Zeitungen geholfen werden kann, so dürfen Regierung und Reichstag daraus kein Recht zu völliger Untätigkeit herleiten. Es kann immerhin noch für die vorläufig Ueberlebenden etwas geschehen: Das erste wäre, die Herabsetzung der Umsatzsteuer für Anzeigen im Höchstmaß auf 2 Prozent, wie für jeden anderen normalen Umsatz (wird praktisch nur bei großen Zeitungen z. B.) und ferner: Die Zellstofffabrikanten behaupten, sie müßten fast all ihr Holz aus dem Auslande, insbesondere aus der Tschechoslowakei, beziehen und in teuren Devisen bezahlen. Weil die heimischen Waldbesitzer — der fiskalische Waldbesitzer spielt eine überragende Rolle — viel weniger Papierholz (Nadelholz) schlageln als früher. Die Gründe für diese Zurückhaltung der Waldbesitzer sind jedem Sachkenner klar. Hier kann und muß mit Hilfe der Gesetzgebung, wenn Zurecht nicht hilft, schnell durchgegriffen werden. Ich weiß wohl, daß es bei den Regierungen der „Länder“ in dieser Frage eine Schwierigkeit gibt; aber sie sind doch wohl da, um überwinden zu werden. Und schließlich werden ja auch die Widerstrebenden einsehen, daß das Regieren ganz ohne Presse oder nur mit einer von Sonderinteressen geleiteten, auch nicht zu den Annehmlichkeiten des Lebens gehört. Vor Gewinnlust und Steuerhinterlassungen aber sollte die Republik in einer Frage, die vitale Volksinteressen berührt, keinesfalls kapitulieren. Auch sollte der Versuch, aus Tiroi oder dem Salzburgerischen Holz zu bekommen, unabhängig von der Regierung mit Nachdruck wiederholt werden.

Und schließlich noch ein ernstes Wort an alle die, denen diese Zeilen unter die Augen kommen: Jeder Einsichtige weiß, daß eine unabhängige deutsche Presse das letzte Mittel ist, um uns in der Welt Gehör zu verschaffen, um unseren deutschen Gedanken Nachdruck und Wirkung zu verschaffen. Das Schwert hat man uns aus der Hand geschlagen, uns blieb als einzige die Waffe des Geistes. Nur im gedruckten Wort der Zeitung können wir ihr weiterhin Klang und Widerhall geben. Was das Schwert nicht mehr vermag, muß die Feder zu erringen versuchen. Jeder Deutsche hat daher ein dringendes Interesse daran, daß diejenigen Zeitungen, die noch lebensfähig sind, am Leben erhalten bleiben. Sonst wird das Wort des Reichspräsidenten Lobe zur Wahrheit, daß „die Zeitungen, deren politische Selbständigkeit und deren Eigenart unser Stolz in Deutschland gewesen ist, nicht mehr Repräsentanten selbständiger politischer Gruppen sein werden, sondern als Anhängel von Interessengruppen auftreten, und wo Eisenblech und Zahnpaste fabriziert werden und Gewinne errungen werden, der Zeitungsbetrieb im Nebengewerbe mit unterhalten werden und die öffentliche Meinung fabriziert werden wird, wie man andere Waren fabriziert. Aber noch mehr! In dieses Zeitungsgewerbe dringt ständig wachsend fremdes ausländisches Kapital ein. Es droht die Gefahr, daß Zeitungen, die in deutscher Sprache, in deutschem Lande erscheinen, zu Dienern fremder, ausländischer Interessen werden, weil die bisherigen Verleger nicht in der Lage sind, ihren Betrieb weiter zu führen.“

So heißt es Opfer bringen. Und wenn in den kommenden Tagen die Zeitungen mit starken Abonnements-

erhöhungen an die Leser herantreten, sich diesem Ruße nicht verlagern. Die deutschen Verleger haben bisher ohne Ausnahme im wohlverstandenen Interesse unserer Volksgemeinschaft mit der Angleichung an die allgemeine Preisbildung geizig; sie haben mit ihren Forderungen bis an die Grenze des Möglichen gegenüber der Öffentlichkeit zurückgehalten. Aber schließlich und endlich haben doch auch die schwer arbeitenden Männer der Presse ein Recht zu leben. Jetzt stehen sie am Ende. Die deutschen Zeitungsverleger haben ihre Pflicht getan, nun ist es Sache des Publikums, ihnen die weitere Erfüllung dieser Pflicht nicht zur Unmöglichkeit zu machen.

Lord Cecil's Rede in der Völkerbundsversammlung.

Genf, 7. Sept. Die Völkerbundsversammlung in Genf hat am Mittwoch nach zwei langweiligen Sitzungen einen „großen Tag“ gehabt. Lord Robert Cecil, ein Sohn des Marquis Salisbury, des großen Staatsmannes der Zeit Viktorias, hielt eine lebhaft und ungemein kritische Rede über den Völkerbund und dessen Lage. Lord Cecil ist ein aufrichtiger Friedens- und Völkerbundsfreund, doch hat er in England nicht eben viel Einfluß. Er vertritt in Genf auch nicht England, sondern das britische Südafrika. Die Regierung in London läßt es ruhig geschehen, steht so vielleicht sogar recht gern, daß ein Engländer in Genf so eifrig für die erhabenen Friedensideen und den Ausbau des Völkerbunds eintritt. Das macht sich ungemein gut vor der Welt und auch vor dem Teil des englischen Volkes, der Frieden und Völkerbundsverständnis aufrichtig wünscht. Mittlerweile, während Lord Robert so edelmütig auftritt, macht sein Vetter Arthur James Balfour, Kette Salisburys, trotz seines hohen Alters derzeit wieder Staatssekretär des Auswärtigen, als eigentlicher Vertreter Großbritanniens still und unauffällig die politischen Geschäfte und die politischen Taktmanöver, und die sind häufig ganz und gar verschieden von dem, was Lord Cecil öffentlich so wahrlich fordert und verteidigt. Das ist ein bischen doppelbösig, aber „echt englisch“.

Nach dieser Vorbemerkung mag hier einiges aus der Rede Lord Robert Cecil's wiedergegeben werden, nämlich:

Die vom Völkerbunde vorgeschlagene Lösung der oberösterreichischen Frage ist kritisiert worden. Sie hat zahlreiche Anklagen gefunden, aber ich gestatte mir, doch die Art zu bewundern, die dank der Mitarbeit der deutschen und britischen Vertreter unter der geschickten und herbevorragenden Leitung Calenders das schwierige Abkommen geregelt hat. Auch die sachliche Atmosphäre von Genf hat zu der Lösung einer der schwierigsten Fragen, die dem Völkerbunde übertragen worden sind, beigetragen. Von großer Bedeutung für die Völkerbundstätigkeit seien auch die Verwaltungs-Angelegenheiten

im Saargebiet und in Danzig.

Im Saargebiet, so führte er aus, „befindet sich eine Regierungskommission, die sich aus fünf Mitgliedern zusammensetzt, von denen eines die Interessen der Bewohner des Saarlandes vertritt. Ich will nichts über die Persönlichkeiten sagen, aber ich frage mich, ob es nicht wünschenswert gewesen wäre, daß der Völkerbundsrat erst nach Befragen des im Saarbeden bestehenden Rates errichtet hätte, und ich frage mich ebenfalls, ob nicht für den Völkerbundsrat der Augenblick gekommen ist, mit diesem Verwaltungsorgan eine Zusammenarbeit zu errichten und mit ihm das saarländische Mitglied zu ernennen. Außerdem muß man über die einzelnen Schwierigkeiten erlaun sein, die der Ratsbericht in der Saargebietfrage erwähnt. Was Danzig angeht, wird der Völkerbundsrat gut tun, sich die Zweckmäßigkeit eines neuen Ausschusses zu überlegen, der sich mit den Schwierigkeiten der Danziger Angelegenheit zu befassen hätte.“

Von größter Bedeutung ist auch die österreichische Frage.

von einer Bedeutung, die nicht überschätzt werden kann. Ich bedaure, daß der Völkerbund sich mit dieser wichtigen Frage nicht aus eigener Initiative beschäftigt, sondern auf Grund eines Beschlusses der Londoner Konferenz.

Ich möchte noch einige Worte über die Wirtschaftskrise.

die gegenwärtig Europa bedroht, sagen. Sie ist außerordentlich ernst und tiefgehend. Sachverständige Beobachter erklären, daß die Art, wie sie sich äußert, nämlich im Sturze der Mark, wohl dazu füh-

ren könnte, daß es nur noch eine Frage von Monaten ist, bis sich Deutschland in derselben Lage befindet wie Oesterreich. Um diese Fragen zu prüfen, sind andere, die ebenso wichtig sind: Die Entschuldigungsfrage und die Frage der Verbandschulden, die gegenwärtig die Welt bewegen. Da muß man sich fragen, ob dieser Zustand fortdauern darf und

ob wir es zulassen dürfen, daß er die internationale Atmosphäre vergiftet.

Drei Jahre sind ja... Lebensschlüsse vergangen. Sind wir seitdem einer endgültigen Regelung viel näher gekommen? Der Völkerbund muß an ihrer Lösung teilnehmen.“

Lord Robert Cecil trat hierauf in eine kurze Besprechung der

Abrüstungsfrage

ein. Er meinte, daß, wenn die vorgeschlagene Lösung auch nicht zu einer tatsächlichen Herabsetzung der Rüstungen führen werde, sie doch wenigstens den einflussreichsten Weg zeigen könne. Als größtes Hindernis für die Lösung der Abrüstungsfrage bezeichnete er die gegenwärtige Verfassung des internationalen Geistes. Im Anschlusse daran möchte Cecil an die Neuerung des französischen Vertreters Roblemaire auf der letztjährigen Versammlung erinnern, der die moralische Abrüstung gefordert hätte. „Diese Abrüstung“, so fuhr Cecil fort, „ist noch nicht erreicht und das ist einfach eine Folge des gegenwärtigen wirtschaftlichen Durcheinanders.“

Alle die Fragen gehen eben auf den Krieg zurück! Da kann man keine Grenzen ziehen zwischen diesen und solchen die zum Bereiche des Völkerbunds gehören. Nach meiner Ansicht muß der Völkerbund alle Fragen, ob sie aus dem Kriege stammen oder nicht, anpacken. Wir befinden uns gegenwärtig in der Uebergangsperiode. Wenn der Völkerbund etwas erreichen will,

so muß er alles sein oder nichts!

Er darf sich nicht nur mit untergeordneten Fragen befassen. Wir müssen hier das Streben der Völker, wie es in dem Pakte des Völkerbunds niedergelegt ist, verteidigen. Früher oder später müssen wir alle Verantwortung, die uns aus dem Pakte zukommt, auf uns nehmen!“ Lord Robert Cecil erinnerte an das Wort Dantons:

„Mäßigkeit, Mäßigkeit und nochmals Mäßigkeit!“

Wir dürfen nicht mehr vorstichtig sein, sondern müssen handeln und die Initiative ergreifen, sonst werden wir nichts erreichen!“

Neues vom Tage.

Die Verhandlungen mit Belgien.

Berlin 7. Sept. Die belgischen Vertreter haben gestern im Laufe des Tages Verhandlungen mit dem Reichskanzler Dr. Wirth gehabt und mit dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes, die lediglich den Charakter von Vorbesprechungen tragen. Wie die „Tägl. Rundschau“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, rechnet man mit einer Dauer der Verhandlungen bis Freitag oder Samstag. An den Arbeiten dürften außer dem Finanzminister Dr. Hermes auch Staatssekretär Schröder, sowie der gestern von London zurückgekehrte Staatssekretär a. D. Bergmann teilnehmen. Von gut unterrichteter Seite erfährt dasselbe Blatt folgendes über die Lage: Die Entscheidung der Wiederherstellungskommission bedeutet keine Lösung der Frage. Die Lösung kann nur durch die große Konferenz erfolgen, auf der die Wiederherstellungsfrage in allen ihren Zusammenhängen behandelt wird. Mit ihrem Zustandekommen, und zwar im November, scheint man in den Kreisen, die der Gegenseite nahesteht, jetzt mit Sicherheit zu rechnen, und man gewinnt den Eindruck, daß die heute beginnenden Verhandlungen von diesem Gesichtspunkt aus beeinflusst werden. Im Hinblick darauf und wenn wirklich jene Konferenz zustandekommt, stellt sich die Entscheidung der Wiederherstellungskommission als ein gewisser Zeitgewinn dar. Es liegt auf der Hand, daß diejenigen, die die Lösung nur von einer Behandlung der Wiederherstellungsfrage in ihrer Gesamtheit erwarten, auch darauf hinwirken müssen, daß die jetzt zu findende vorläufige Lösung so beschaffen ist, daß sie jene Konferenz sowohl möglich als auch nützlich gestaltet. Es bestehen Anhaltspunkte dafür, daß die Gegenseite in diesem Sinne zu verhandeln wünscht, da die gestrigen Besprechungen lediglich den Charakter vorbereitender Unterhaltungen trugen, da ferner die belgische Regierung bis jetzt noch nicht mit einem Vorschlag hervorgetreten ist, man auch noch keine Anhaltspunkte dafür hat, wie weit die Sicherheitsforderungen Belgiens gehen, wie eine Barriere über die Ergebnisse umwälzend.

Eindruck der Berliner Verhandlungen.

Berlin, 7. Sept. Was über die gestrigen Verhandlungen mit den Belgiern bisher nach außen gedrungen ist, gibt noch keine bestimmte Anhaltspunkte für eine Beurteilung der Lage. Man scheint bisher über vorbereitende Besprechungen nicht hinausgekommen zu sein. Bestimmte Vorschläge sind jedenfalls noch von keiner Seite gemacht worden. Man kann annehmen, daß der heutige Tag, der den sachlichen Entscheidungen nachkommenden Einzelverhandlungen gewidmet sein werde, die Situation bereits klären dürfte. Wie weit die Belgier sich zu einem Entgegenkommen bereit finden, war gestern jedenfalls noch nicht zu erkennen. Soviel hat jedoch die gestrige Besprechung doch schon gezeigt, daß auf beiden Seiten der aufrichtigste Wille zu einer Verständigung vorhanden ist. Ferner gewinnt man den Eindruck, als habe man belgischerseits den Wunsch, nicht bloß die Frage der zwei nächstfolgenden Monatsraten zu regeln, sondern womöglich bereits über die Gesamtsumme, die 1922 zu zahlen ist, eine Vereinbarung zustande zu bringen. Nach dieser Richtung weisen auch die Andeutungen, die über Staatssekretär Bergmanns Londoner Reiseergebnisse allmählich durch die City gesprochen und ihm sind offenbar günstige Ausblicke für ein endgültiges Arrangement gemacht worden. In englischen Finanzkreisen wird darnach zugegeben, daß die Garantie der für die in diesem Jahre noch fälligen Summen auszustellenden Schatzwechsel von der deutschen Regierung allein nicht übernommen werden können. Es wird daher ein Teilungsplan erwogen, derart, daß einen Teil die deutsche Regierung selbst übernehmen muß, ein zweiter Teil kann vielleicht von belgischen Finanzkreisen übernommen werden, während der Rest durch die Reichsbank zu garantieren wäre.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen.

Rotterdam, 7. Sept. Der Brüsseler „Soir“ meldet: Die nach Berlin entsandten belgischen Delegierten Delacroix und Bemelman werden schon Donnerstag oder Freitag nach Brüssel zurückkehren. Der belgische Minister hat den beiden Delegierten keine Vertragsvollmacht mitgegeben, sondern sich selbst die Entscheidung über ein etwaiges Abkommen mit Berlin vorbehalten. Bemelman erklärte dem Berliner Berichterstatter der Agence Havas: Ich habe die Überzeugung, daß die deutsche Regierung uns ernsthafte und genügende Sicherheiten bieten kann, die uns davon entbinden werden, die Goldreserven der Reichsbank in Anspruch zu nehmen, ein Mittel, zu dem wir nur bei äußerster Notwendigkeit unsere Zuflucht nehmen würden. Wenn man dennoch diese Reserve angreifen müßte, so würde es sich nur um einen äußerst geringen Betrag (!) handeln.

Die T. U. meldet: In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden sind, da man nicht alle Forderungen von belgischer Seite, die in den informativischen Besprechungen aufgetaucht sind, wird erfüllen können.

Frankfurter Herbstmesse.

Frankfurt, 7. Sept. Vom 8. bis 14. Oktober findet in Frankfurt a. M. die Herbstmesse statt. Auch diesmal konnte mit ein Teil der Firmen, die einen Stand wünschten, aufgenommen werden, obgleich durch das „Haus der Technik“, dessen dreifachstellige zum Teil zweigeschossige Haupthalle fertig geworden ist, durch die Errichtung von zwei „Hauswirtschaftshallen“ und andere Erweiterungen fast 20 000 Quadratmeter neuer Raum geschaffen wurde. Da es, wie die Erfahrung lehrt, auf Uebersichtlichkeit und Qualität der Aussteller ankommt, ist die Frankfurter Messe die beste Einkaufsgelegenheit. Wie das Frankfurter Messenamt mitteilt, läßt der Eingang der Anmeldungen von Einwohnern mit Sicherheit erwarten, daß der überaus

starke Besuch der diesjährigen Frühjahrsmesse noch übertroffen wird.

Dr. von Nahr über die Wirtschaftskatastrophe.

München, 7. Sept. Bei der Kreisversammlung des Landwirtschaftsvereins von Oberbayern hielt Regierungspräsident Dr. von Nahr eine bedeutsame Rede, aus der folgende Stelle hervorgehoben sind: Wir Deutsche sind von dem Schicksal Oesterreichs nicht mehr weit entfernt. Es gebe keine Bedingungen, die uns ein besseres oder noch ein schrecklicheres Ende erwarten lassen, als Oesterreich. Unser Sterben wird ein viel schrecklicheres sein als das Oesterreichs. Der deutsche Koloss mit seinen Industrien muß sterben, anders als das geruchsame Oesterreich. Seine Auflösung wird sich in anderen Formen als in einem Gang des deutschen Reichstanzlers an fremde Türen vollziehen. Die Wirtschaft dürfe nicht unser Schicksal sein. Der Staat muß die Wirtschaft beherrschen. Er muß ihre Entwicklung vorschreiben. Es sei kein Naturgesetz, daß mit jedem Steigen des Dollars der Preis für alle unsere Waren steigt. Wir müssen die Preise und den Wert unserer Ware stabilisieren. Keine höheren Preise mehr, aber kein verständlich keine höheren Produktionskosten mehr muß die Lösung sein. Dazu sei aber ein starker geschlossener Wille des ganzen Volkes notwendig. Uns helfe kein Amerikaner, kein Franzose, kein Engländer. Nur aus uns selber heraus könne die Hilfe kommen. Unseren Wirtschaftsführern müssen wir ein gebieterisches Halt! zurufen.

Paris und das Stinnes-Abkommen.

Paris, 7. Sept. Zu dem Vertrag zwischen Luberjac und Stinnes tritt die heutige Morgenpresse aus ihrer Zurückhaltung heraus. Alle Pariser Blätter drucken den Wortlaut der Abmachungen ab und lassen außerdem die deutschen Pressstimmen folgen. Der Minister für die befreiten Gebiete hat gestern der Sitzung des beratenden Ausschusses für Sachleistungen einen Ueberblick über die Lage gegeben. Er hat darauf hingewiesen, daß die auf Grund des Wiesbadener Abkommens erfolgten mittelbaren Lieferungen von Häusern an französische Besteller drei Millionen Franken betrage. Die Zubilligung des Mindestzolltarifes für diese Waren hat keinerlei Mißstände mit sich gebracht, da von den französischen Industriellen keine Klagen laut geworden sind. Der von Luberjac mit Stinnes abgeschlossene Vertrag stimmt in allen Punkten mit dem Berliner Abkommen überein. Aber da es sich um einen Vertrag zwischen Privatleuten handelt, braucht die französische Regierung amtlich nicht ihre Billigung auszusprechen. Auf § 7 des Vertrages hat übrigens Minister Reibel ganz besonders hingewiesen und betont, daß, wenn in den laufenden Kohlenlieferungen ein Abmangel entstehen sollte, dieser erst ausgeglichen werden müsse, ehe an eine Freigabe von Kohlen für die Sachlieferungen zu denken sei. Herr Luberjac persönlich hat sich dahin geäußert, daß er den Vertrag mit Stinnes als Privatperson und als Vertreter einer Gruppe von 130 000 Hausbesitzern, deren Häuser im Krieg zerstört wurden, abgeschlossen habe. Er habe den Vertrag nach Zustandekommen augenblicklich zur Kenntnisnahme des Ministeriums der befreiten Gebiete gebracht und von diesem sofort ein zustimmendes Schreiben erhalten, dessen Hauptstellen folgendermaßen lauten: „Die Regierung gibt im Grundsatz ihre Zustimmung zum Abkommen. Sie ist der Ansicht, daß die Grundidee ein großes sachliches Interesse bietet bezüglich der von Deutschland zu leistenden Naturallieferung sowohl wie auch unter dem weiteren Gesichtspunkte der allgemeinen deutsch-französischen Beziehungen.“

Uebrigens sind die Blätter aller Färbungen günstig für das Abkommen gestimmt. So schreibt der „Petit Parisien“: Es handelt sich um eine mächtige, industrielle Gruppe, die mit der ebenso mächtigen Gruppe von Herrn Luberjac ein Abkommen getroffen hat. Morgen ist es die deutsche Kalkindustrie, die mit der eisässischen Gruppe übereinkommt, sich in den Weltmarkt unter fast beide Teile günstigen Bedingungen zu

stellen. Dann wird vielleicht die lothringische Eisenindustrie mit den Magnaten der Ruhr Verträge tätigen, durch die die letzteren Eisenerze gegen Ueberlassung einer gewissen Menge von Ruhrkohle zuzuführen. Wenn die Geschäftswelt, Handel und Industrie so starke Bande im Interesse der beiden Staaten neuerdings geknüpft haben werden, kann mit der Zeit die moralische Abstrafung ihren Anfang nehmen, um über den Abgrund, den der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland gemacht hat, hinwegzukommen. Es sind die Geschäftsleute, die die erste Brücke schlagen.

Im „Echo de Paris“ hat sich der Minister Reibel folgendermaßen geäußert: „Was ich von dem Abkommen halte, ist: Ich erwarte, Deutschland wird arbeiten. Es ist sicher, daß Herr Stinnes und die Großindustrie anfangen, zu verstehen, daß es in ihrem Interesse und in dem ihres Landes liegt, aus der Zurückhaltung, die die Nichtbezahlung der Wiederherstellungen mit sich bringt, herauszutreten. Es kann nur für beide Teile eine Entspannung dadurch entstehen, die gleich nützlich für Frankreich wie für Deutschland ist. Wir wollen den Wiederaufbau unserer Anlagen und die Bezahlung unserer Schulden, ohne die Frankreich sich nicht wieder auf die Füße bringen kann. Deutschland soll nun seinen guten Willen beweisen.“

Englischer Kredit für Oesterreich.

London, 7. Sept. Nach einer Meldung des „Daily Express“ hat eine Versammlung einflussreicher Finanzleute in London beschlossen, Oesterreich eine Summe von 20 bis 30 Millionen Pfund Sterling vorbehaltlich der Zustimmung der Reparationskommission anzubieten. Als Garantie sollen die Erträge der österreichischen Ausfuhr dienen. Ferner soll ein Moratorium von 5 Jahren gewährt werden. Wenn die Vorschläge für die Anleihe von allen Parteien angenommen werden, wird sich eine Gruppe Bankiers in Begleitung von Bundeskanzler Seipel nach London begeben.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 8. September 1922.

* Verlegt wurde Eisenbahnspektor Wolf in Calw nach Rotweil und ernannt der Eisenbahnspektor Dopf in Nablader zum Eisenbahnspektor in Calw.

(Magd, 7. Sept. (Gemeinderat.) Der Gemeinderat beschäftigte sich zuerst mit dem neu organisierten und vervollständigten Feuerversicherungsbuch der Stadt. Für Schloßarbeiten an einem der Neubauten in der Calwerstraße wird ein Feuerungszuschlag gewährt, nachdem festgesetzt ist, daß der Verzug in der Ausführung der Arbeiten nicht auf ein Verschulden der Handwerker zurückzuführen ist. Am 4. Sept. gelten für Waldarbeiter neue Lohnsätze, die wie bisher auch auf die städt. Arbeitsschäfte angewendet werden. 50 prozentige Erhöhung finden auch die Steinbrucharbeiter ab 1. Sept. Da sich bei Abfuhr von Schotter Mißstände herausgebildet haben, so soll erneut darauf hingewiesen werden, daß unzulässige Schotterabfuhr als Diebstahl zur Anzeige gebracht werden wird; ein entsprechendes Plakat soll an den städt. Steinbrüchen angebracht werden. Eine Reihe von Bausachen wird erledigt. Für September wird der Richtpreis auf 15 M., der Kraftpreis auf 12 M. festgelegt in Uebereinstimmung mit dem elektrischen Werk. Die Forstverwaltung bringt einige Holzfragen zu vorläufiger Besprechung. Die Neuverpachtung der Schafweide wird genehmigt, nachdem der Pächter sich verpflichtet, für die abgelassene Pachtzeit 75 000 M. nachzuzahlen und für das kommende Jahr 400 000 M. Pacht zu entrichten. Stadt und Pächter sollen dabei die Bestimmungen der Pachtbuchordnung für den Fall wesentlicher Preisänderungen im Laufe des Jahres 1922/23 für sich in Anspruch nehmen können. In nächst-öffentlicher Sitzung wird noch eine große Zahl von verschiedenen Fragen erledigt.

Leserbrief.

Die Arbeit ist der Fluch, mit dem der Himmel die Menschen gesegnet hat.

Rheinlandstöchter.

Roman von Clara Viebig.

(33)

(Nachdruck verboten.)

„Ach du liebe Zeit! Ich habe ihr doch bloß die Geschichte von der Noth in Oberfassel erzählt; das ist doch kein Grund zum Weinen. Aber natürlich, ich muß an allem schuld sein!“ Jetzt war es an der Frau Käthe, das Gesicht in weinerliche Falten zu legen.

Kelldas Schultern zitterten, ein Kampf schien ihren Körper zu schütteln. Ohne den Kopf zu heben, tastete sie nach der Hand der Mutter. „Rein, nein, Mama, du hast mir nichts getan — es hat mir niemand was getan — ich bin so dumm, ich bin so kindisch. Ich schäme mich“ — die Stimme erschlackte ihr, undeutlich klang's — „vor mir selber!“

„Kellda ist nervös“, sagte der Rat und sah sorgenvoll drein. „Ihr Armen habt so viel mit mir durchgemacht! Immer einen kranken Mann, einen kranken Vater, das macht alle Klatschigkeit. Komm zu mir, Kellda, weine nicht mehr! Gib deinem bösen Vater einen Kuss!“

„Papa!“ Sie sprang auf, kniete neben seinem Stuhl nieder, schlang die Arme um seinen Hals und preßte ihr Gesicht fest an seine Brust. „Papa!“

„Ja, mein Kind, mein gutes Kind!“ Er streichelte ihr Haar. „Du bist doch sonst so verständig, kein bißchen sentimental! Lorchchen, wir werden Kellda zu Onkel Konrad schicken müssen. Du siehst es zwar nicht gern, und ich werde sie schwer entbehren, aber ihre Nerden müssen geklärt werden, und das tut die frische Eiselluft.“ Er sah fragend seine Frau an.

„Papa, nein!“ Kellda hob den Kopf und versuchte zu lächeln. „Du bist sehr lieb, aber schick mich bitte nicht fort, bitte! Ich bleibe bei euch. Ich muß hier bleiben!“

Sie sah sehr bleich aus, doch ihre Tränen waren verlegt. Man merkte kaum, daß sie sich aufrichtete und umdrehen

lustig über die eigne Schwachmütigkeit. „Siehst du, Papa, sonst hab ich immer über die hysterischen Frauenzimmer gespottet, nun werd ich am Ende noch selbst eins — brrr!“

Sie schüttelte sich.

Das war eine Nacht — das war ein Tag!

Wieder der Abend da und nichts, gar nichts von ihm!

Die Mischmarie hatte den Brief dem Herrn Offizier selbst abgegeben. „Er laute danke und lasse sie hübsch“,

erzählte sie und zwinkerte Kellda vertraulich an. Diese sah gar nicht den verschmitzten Ausbruch in den durchtriebenen schwarzen Augen. Sie sah überhaupt nichts, sie war blind und taub gegen die ganze Welt. Sie wartete. Bei jedem Klingeln schreite sie zusammen und fuhr in die Höhe; bei jedem Rührtritt draußen hämmerte ihr Herz — wild, rasend — immer wieder mußte sie die Augen mit kaltem Wasser kühlen, sie brannten wie Höllefeuer. Und in den Adern eine Glut, in den Fingerspitzen ein Prickeln, an den Schläfen zwei eiserne Klammern. O dieses Warten! Und dabei Gleichgültiges sprechen, Gleichgültiges tun, essen, trinken, freundlich scheiteln! Kellda brühte sich in qualvoller Ungebuld die Nägel der verschlungenen Finger ins Fleisch. Endlich der Abend da, aber auch er brachte keine Erlösung!

Die tauben Wände ihrer Stiebelstube grinsten sie an, aus dem Spiegel starrte ein geistesstiches Gesicht mit hohlen, tief umrandeten Augen; eine bellommene Luft ersäufte den Atem. Rein, es war unerträglich! War er krank? Ja, krank, vielleicht am Tode — lieber das Schlammste, nur nicht so vor Angst vergehen!

Sie band einen kleinen Schal übers Haar und hing ein Tuch um die Schultern; leise öffnete sie die Stubentür. Die Tür knarrte laum; im Schlafszimmer sprachen die Eltern. Es war ja noch früh, nicht zehn; aus Rücksicht gegen Kellda, die etwas angegriffen schien, war man so zeitig zu Bett gegangen. In ihrer Kammer sang Laura halblaut:

„Er sagt, er wolle mich nehmen, hm —
Und wenn der Sommer läme —
Balladeriladerada!“

Kellda schlich sich über den Fluß, sie hielt den Atem an. Jetzt jeterie die Magd, das Schlüsselwort jeder Zeile endlos in die Länge ziehend:

„Der Sommer ist geto — o — mmen, hm!
Er hat mich nicht geno — o — mmen —
Balladeriladerada!“

Der Schlüssel drehte sich in Kelldas Händen. „Balladeriladerada“ — jetzt schloß sich die Haustür von außen zu und ließ den Schlüssel in ihre Tasche gleiten; sie war fieberhaft erregt, aber mit peinlicher Sorgfalt beobachtete sie jede Kleinigkeit. Als seien zwei Seelen in ihr, eine, die brünnern erwäge, öffnete und schloß — und eine, die da brannte und verlangte „zu ihm!“ Es war ein zweites Ich, das handelte; sie selbst, Kellda, ging willenslos, eine Nachtwandlerin.

Dunkel glitten die Eichenbäume an ihr vorüber. Um sie eine warme, wundervolle Nacht. Im Straßengraben zirpten Grillen; vom Rhein her kam Gesang, ein paar Rachen mit bunten Lampsonen schwammen auf dem glatten Wasser. Aber dem Ehrenbreitstein, zwischen andern Sternengewimmel, ein einzelner groß-blauleuchtender Stern. Unverwandt hielt Kellda den Blick auf ihn gerichtet. Niemand beugnete ihr.

Sie ging immer rascher und rascher — da waren die Häuser von Ehrenbreitstein, Licht drinnen, Menschen, geöffnete Fenster, vor den Türen verteilte Mädchen, sich umschlungen haltend. Da war sein Haus!

Ferdinand von Ramer beugte sich über den geöffneten Koffer, er packte. Im Zimmer sah's unordentlich aus, wie es vor der Abreise zu sein pflegt. Auf dem Tisch hatte Gottlieb Schmitz die Wäsche zusammengetragen, immer hübsch sortiert: da die Hemden und Unterhosen, hier die Socken und Taschentücher. Aber dem einen Sessel hing die beste Mantel, im andern lehnte die Schilfschachtel. Die wenigen Photographien und Erinnerungen waren schon von den Händen genommen; bald war nichts mehr übrig als die kalte leere Einrichtung der Kammer garnie.

„So.“ Ramer richtete sich aus der gebeugten Stellung auf und ließ einen zerknirschten Blick durchs Zimmer schweifen. Mit einer Miene grenzenloser Anspannung strich er sich über die Stirn. Wenn sich doch alles da so ungewissen ließe wie der Schweiß, der jetzt darauf verriet!

Fortsetzung folgt.



Zübingen. (125 und 180.) Schon jetzt regen sich fleißige Hände, die an einer würdigen Gestaltung der, wie mancher festhält, bestimmt am 9. 10. September d. J. hier stattfindenden gemeinsamen Jahreszusammenkunft der Regimenter 125 und 180 arbeiten. Die vorbereitenden Ausschüsse der beiden Regimenter haben alles getan, um einen starken Besuch der Feier zu gewährleisten; von Zübingen sieht fest, daß es seinen alten Ruf als Feststadt alle Ehre machen wird. Vorgesehen ist am Vorabend den 9. Sept. eine Begrüßungsfeier in den Sälen des Museums. Die Gedächtnisfeier zu Ehren der gefallenen Kameraden wird am 10. Sept. vormittags im Hofe der alten Infanterie-Kaserne abgehalten; anschließend daran verteilen sich die Kameraden zum Mittagessen auf die verschiedenen Gaststätten der Stadt. Der Nachmittag bringt einen Festzug nach die Stadt und im Anschluß daran eine Unterhaltung am Festplatz. Anfragen usw. sind zu richten an Kammermann Fischer, Zübingen, Eugenstr. 35.

Stuttgart. 7. Sept. (Das Staatshandbuch für 1922) ist nunmehr erschienen und wird den Vorbestellern durch die Buchdruckerei Kohlhammer hier benachrichtigt werden. Infolge des außerordentlichen Fortschritts der Teuerung während des Drucks mußte der Preis für die zum Voraus bestellten Bücher auf 120 M. und der Ladenpreis auf 150 M. erhöht werden.

Im goldenen Kranz. Das Fest der goldenen Hochzeit feierten im Kreise ihrer Familie Alexander Wisniewski, 77 Jahre alt, und Frau Emilie, 74 Jahre alt, hier. Der Jubilar ist Kriegsteilnehmer von 1866 und 1870.

Ludwigsburg. 7. Sept. (Einbruch.) In einer der letzten Nächte wurde in dem Laden der Firma Gebr. Demmer ein vorher schon schadhaftes Schuhenster vollends eingedrückt und durch die Deffnung, vermutlich mit Stöcken zwei Damenkleider im Wert von 3-4000 M. von den Gestellen herabgeholt und entwendet.

Zübingen. 7. Sept. (Von der Industrie.) Die Industrie, die bisher nur durch einige Zweige vertreten war, wird in nächster Zeit durch eine Marmorfabrik erweitert werden. Die Marmorfabrik und -Schleiferei in Ditzau, die italienischen Marmor bearbeitet, wird hier an Stelle der Fleckenmühle eine Zweigniederlassung gründen. Damit verschwindet wieder eine Mahlmühle mehr.

Schweningen. 7. Sept. (Wäcker Sturz.) Ein Elektroschneider stürzte von einem Leitungskäbel, an dem er beschäftigt war, ab und erlitt schwere innere Verletzungen.

Ulm. 7. Sept. (Von Wohnungsamt.) Nach der Statistik des Wohnungsamts gibt es in Ulm 2359 wohnungszählende Familien, wovon 269 Geschäfte sehr dringend sind. Von auswärts suchten 378 Einzelpersonen nach um Bezug. 61 wurden abgewiesen.

Bain. 7. Sept. (Schwerer Diebstahl.) Dieser Tage wurde einem hiesigen Bewohner, während er mit seinen Angehörigen auf dem Felde mit der Ernte beschäftigt war, auf erschwerter Weise Gold-, Silber- und Feingeld, sowie zwei Sparfläschchen im Gesamtwert von etwa 120 000 M. gestohlen. Laut „Allerlatsche“ ist man dem Täter, welcher bekannt ist und sich geächtet hat, auf der Spur.

Eutingen (bei Pforzheim). 7. Sept. (Einbrecher.) Hier wurden drei junge Burken, der Goldarbeiter Max Noll, der Schlosser Albert Reiff und der Gelegenheitsarbeiter Karl Anand, wegen schweren Einbruchdiebstahls festgenommen. Noll hat mit seinen Genossen den eigenen Vater bestohlen, indem er vorige Woche in dessen Fabrik in Pforzheim einbrach und ein Kilogramm Gold entwendete und in der Nacht zum Sonntag die väterliche Wohnung in Eutingen heimlich mit dort 5000 M. nahm, während die Spiegelkassette am Bett des alten Herrn Wache standen, wahrscheinlich um ihn unachtsam zu machen, falls er etwa erwachen sollte. Bei der Verhaftung wurde Reiff gegen den Beamten gewalttätig, wobei er diesen verletzte. Auf der Flucht holten ihn einige Gendarmen ein.

Billingen. 7. Sept. (Wiederbelebung der Trachtenpflege.) Hier wurde am letzten Sonntag von Delegierten des Trachtenvereins Baar, des Bezirks-Trachtenvereins Billingingen und des Bezirks-Trachtenvereins „Auerbach“ (Württemberg) ein Interessentenverband für die Trachtenbewegung gegründet. Die Leitung wurde Herr Sernatinger von Hausen vom Wald übertragen. Der Verband stellt sich zur Aufgabe, Schutz, Erhaltung und Pflege des Volkstums, in der Absicht, an guter, alter Tradition und durch Weiterentwicklung hergebrachten gebräuchlichen Volksbrauchs die Heimatliebe zu festigen, Volkstum und Volkskraft zu heben und zu stärken und die Volksgemeinschaft zu fördern. Von den drei Bezirksvereinen wurde eine Kundgebung gebilligt, die mit allem Nachdruck Protest erhebt gegen den Mißbrauch, der neuerdings mit den Volkstrachten getrieben wird. So haben die „Volkstrachtenvereine“, die in Kurorten und Sommerorten von Fremden aus aller Herren Ländern mit der Bevölkerung entnommenen oder aus Geschäften entlehnten Trachten veranstaltet werden, nicht das mindeste mit dem eigentlichen Trachtenvolke zu tun. Andersorts wieder treten Leute in Trachten auf, die ihnen nicht gehören. Wenn Badener oder Württemberger in bayerischer Gebirgsstracht aufspazieren und Schuhplatteln oder vom landfremde Industriearbeiter in Bauertracht sich ergötzen, so ist das widersinnig und solche „Volkstänze“ werden vom gesunden Sinn des Landvolkes mit Recht als „Häutchen“ bezeichnet. Wirkliche Trachtenträger sollen auch das wertvolle Volksgut ihrer Tracht nicht dadurch profanieren, daß sie zur Unterhaltung nur von vorübergehend anwesenden Fremden „Trachtenfeste“ veranstalten, mit in wirklicher Heimatfreude innerhalb des eigenen Volkstums mit Stolz ihr Volksgut zu ehren.

Eine große Versammlung württembergischer Zeitungsverleger in Stuttgart.

die aus allen Teilen des Landes so zahlreich wie nie zuvor bejuchet war, beschäftigte sich mit der zu einer wirklichen Katastrophe ausgearteten Lage des Zeitungswesens. Den Vorsitz führte Dr. Wolf-Oberndorf, der die trostlosen Verhältnisse auf dem Papiermarkt schilderte und auf die ebenso trostlosen Zukunftsaussichten für die Zeitungen hinwies. Der Papierpreis, der den Zeitungsverlegern beim Monatsübergang mit 70 Mark vom Papierhändler angegeben wurde, sei nach wenigen Tagen von den Fabrikanten bereits auf 84 M. für ein Kilo erhöht worden, also nunmehr auf das Vierhundertzwanzigfache des Vorkriegspreises. Den Zeitungsverlegern aber, die ihre Bezugspreise spätestens mit Beginn des Monats, für die Postbezieher sogar einen Monat vor Beginn eines neuen Vierteljahres festlegen mußten, entsetzte somit für den Monat September ein sehr beträchtlicher Anstieg und es sei eine Tatsache, daß in diesem Monat fast allen Zeitungsverlegern das unbedruckte Papier wesentlich mehr kostete, als die Bezugspreise ausmachten.

Die Versammlung faßte nach gründlicher Aussprache Beschlüsse, die sich auf die Bezugspreise für das nächste Vierteljahr beziehen und ging nach mehrstündiger Beratung auseinander in dem betäubenden Bewußtsein, daß das große Zeitungssterben, dem in der letzten Zeit auch angelegene große Zeitungen verfallen sind, in beschleunigtem Tempo fortschreitet, wenn nicht auf schnellste Weise eine wirkliche Hilfe erfolgt oder eine Milderung der bestehenden Zustände eintritt.

Einführung „freibleibender“ Zeitungs-Bezugspreise.

Der nach den jetzt geltenden Bestimmungen bestehende Zustand, daß sich die Zeitungsverleger mit den Bezugspreisen ihrer Zeitungen im allgemeinen auf mindestens ein Vierteljahr festlegen müssen, läßt sich unter den gegenwärtigen unüberschaubaren wirtschaftlichen Verhältnissen nicht länger aufrecht erhalten. Einem von den Berufsvertretungen der Zeitungsverleger gemachten Vorschlag entsprechend wird daher nach einer Mitteilung der Postverwaltung folgendes Verfahren zugelassen, das für vierteljährlich zu beziehende Zeitungen zum 1. Oktober 1922 und für ganz- oder halbjährlich zu beziehende Zeitungen zum 1. Januar 1923 in Kraft tritt. Die Fristen für die Anmeldung von Preisänderungen der Zeitungen zur Aufnahme in die Zeitungspreislifte und in deren Nachträge, sowie die Bestimmungen über die Dauer der Regelbezugszeiten bleiben unverändert bestehen. Die innerhalb dieser Fristen angemeldeten Preise gelten der Post gegenüber nach wie vor als feststehend, den Beziehern im Inland gegenüber werden sie inbesseren als „freibleibend“ bezeichnet. Wünscht ein Verleger den Preis seiner Zeitung im Laufe der Bezugszeit zu erhöhen, so hat er dies durch eine Veröffentlichung in der Zeitung den Beziehern mitzuteilen und sie aufzufordern, den Unterschied zwischen dem alten und dem neuen Preis unter Benützung einer Zahlkarte, die der Veröffentlichung beizufügen ist, unmittelbar an den Verleger abzugeben. Ferner hat er darauf aufmerksam zu machen, daß die Zeitung an solche Bezieher, die den Betrag nicht rechtzeitig einzahlen, nur bis zu einem bestimmten Stichtag geliefert würde. Die den Verlegern bisher gewährte Vergünstigung, für die im Laufe der Bezugszeit neu hinzutretenden Inlandsbestellungen durch Benachrichtigung der Abnahmestellen Preisänderungen anmelden zu können, wird hiermit aufgehoben. Zur Durchführung des neuen Verfahrens sind den Verlegern von den Postanstalten die Namen und Anschriften ihrer Postbezieher mitzuteilen, damit sie in die Lage versetzt werden, festzustellen, welche Bezieher den von ihnen unmittelbar angeforderten Mehrbetrag nicht bezahlt haben. Um spätere Einwendungen der Bezieher gegen diese Neuerungen möglichst zu vermeiden, ist es notwendig, jeden Bezieher über die veränderte Sachlage zu unterrichten. Zu diesem Zweck muß sämtlichen Zeitungsbestellern, auch den am Schalter auszufertigenden, für die vom 1. Oktober ab geltende Bestellung ein in die Augen fallender Zettel auf farbigem Papier mit folgender Aufschrift beigegeben werden: „Die Preise der durch die Post zu beziehenden Zeitungen und Zeitschriften sind künftig freibleibend“. Der Verleger kann den Bezugspreis innerhalb der Bezugszeit erhöhen und den Unterschiedsbetrag zwischen altem und neuem Preis unmittelbar von den Beziehern nachheben. Wird die Zahlung abgelehnt, so kann der Verleger, dem die Namen der Postbezieher mitgeteilt werden, die Lieferung des Blattes von einem von ihm zu bestimmenden Tage an einstellen. Eine Rückzahlung von Bezugsgehalt für den ausfallenden Rest der Bezugszeit findet durch die Post in solchem Falle nicht statt. Als Entgelt für die durch die Zurückziehungsanträge entstehenden Schreib- und Buchungsarbeiten hat der Verleger für jedes zurückgezogene Stück 1 Mark zu entrichten.

Vermischtes.

Ein Herrenanzug 30 000 Mark! In der dieser Tage abgehaltenen Mitgliederversammlung der Schneider-Zwangsinnung München wurde u. a. mitgeteilt, daß unter 30 000 Mark ein Anzug nicht mehr geliefert werden könne, da vor allem die Lieferanten der Stoffe die Bezahlung in Dollar und Franken verlangen. Dazu kommt dann noch die Steigerung der Gehilfenlöhne und der Preis für die Futurten. Der Regierung wurde vorgeworfen, daß sie es dulde, daß zwei Millionen Ausländer auf Grund ihrer hohen Wafuta Deutschland ausbeuten und auslaufen.

Ein teures Lied. Kammerfänger Leo Schillingdorf von der Berliner Staatsoper war in Baden-Baden von einer befreundeten Familie in einem Hotel zum Nachtessen eingeladen worden und amerikanische Gäste baten ihn, ein Lied zu singen, welchem Wunsch er unter der mit allgemeiner Zustimmung aufgenommenen Bedingung entsprach, daß eine Sammlung für die notleidenden Kinder der Stadt Baden-Baden veranstaltet werde. Nach der gefanglichen Darbietung des Künstlers fand dann die Sammlung statt, die den Betrag von 102 000 M. ergab, der der Stadt zur Verfügung gestellt wurde. Das ist wohl das höchste Ergebnis, das von einem deutschen Sänger für den Vortrag eines Liedes erzielt wurde.

— Vom Begnadigungsverfahren. Auf Grund des Par. 33 Abs. 1 der württ. Verfassung hat der Staatspräsident sein Recht der Einzelbegnadigung innerhalb des Geschäftskreises der Justizverwaltung dem Justizminister in folgenden Fällen übertragen: 1. Wenn die erkannte Strafe oder ein noch zu vollstreckender Teil ein Jahr Freiheitsstrafe oder 25 000 Mark Geldstrafe nicht übersteigt, wobei für die Zuständigkeit des Justizministers Art und Dauer der Strafe, für welche ein Gnadenakt erbeten oder in Aussicht genommen ist, maßgebend sein soll und bei Erlassung der Strafe die in erster Linie erkannte Geldstrafe entscheidend bleibt; 2. Wenn die gnadenweise Freisetzung von Nebenstrafen unter Einschluss von Einziehung aller Art in Frage steht, bei Einziehungen übrigens nur, soweit der einzuziehende Betrag oder der Wert des einzuziehenden Gegenstandes 25 000 Mark nicht übersteigt. Soweit das Justizministerium zur endgültigen Entscheidung über ein Begnadigungsgesuch zuständig ist, hat sich der Staatspräsident weiter damit einverstanden erklärt, daß in Fällen, in welchen ein Gesuch weder von dem erkennenden Gericht von dem Strafanstaltsvorstand befürwortet wird, der Oberstaatsanwalt des Landgerichts zur vorläufigen Zurückweisung des Gesuchs, sofern auch er es für unbegründet hält, ermächtigt sein soll, unbeschadet des Rechts des Gesuchstellers, die Entscheidung des Justizministeriums anzurufen.

— Die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen ist neu geregelt worden. Sie erhalten für jede angefangene Stunde der verkümmerten Arbeitszeit einen Betrag von 5-15 Mark, je unter Berücksichtigung ihrer regelmäßigen Erwerbstätigkeit. Die Entschädigung wird höchstens für 10 Stunden im Tag gewährt. Außerdem erhalten sie für den mit der Dienstleistung verbundenen Aufwand pro Tag 30 Mark bzw. an besonders teuren Orten 40 Mark, sowie für jedes notwendig gewordene Uebernachten drei Viertel dieser Höhe. Schöffen und Geschworene, die am Sitzungsort selbst wohnen, erhalten nur die Hälfte dieser Höhe. Als Fahrkosten wird die 3. Wagenklasse oder die 2. Schiffsklasse, als Kilometergeld 5 Pfennig für das Kilometer gewährt.

Handel und Verkehr.

Wollmarkt am 7. September: 1298,37 Mark. Stuttgarter Börse, 7. Sept. Die andauernde Geldknappheit und das Hin- und Herschwanken der Devisenkurse ließen an der heutigen Börse äußerste Zurückhaltung aus, was zur Folge hatte, daß die Kurse sehr stark, zum Teil bis zu 200, nachgaben. Eine Ausnahme machten nur Redarfaktoren, für welche bei dem gestrigen Kurse großes Interesse gezeigt wurde. Junge wurden mit 765 aus dem Markt genommen. Im übrigen waren es nur wenige Papiere, welche ihre gestrigen Kurse halten oder verbessern konnten.

Nürnberg Hopfenbericht vom 6. Sept. In die letzte sechstägige Berichtsperiode fällt der Beginn der neuen Hopfenaison 1922/23, die vom 1. September ab gerechnet wird. Trotzdem das Hopfenfließen durchaus noch nicht abgeschlossen ist, wurden mangels Angebote Abschlüsse in 1921er Ware gar nicht mehr getätigt. Entsprechend dem in letzter Woche vorherrschenden kalten und regnerischen Wetter geht der Späthopfen nur langsam in Dolden über, so daß einzuweisen nur der in reicher Menge und guter Qualität vorhandene Frühhopfen zur Verfügung steht. Vom 31. August bis 6. September kamen davon nur 100 Ballen zur Abladung, unter denen sich auch die echten frankischen Landhopfen, 300 Ballen, befanden. Zur gleichen Zeit wurden 850 Säcke verkauft. Die anfangs gezahlten Preise konnten sich im weiteren Geschäftsverlauf nicht mehr behaupten und besonders die feinsten Hopfen, sowie mittlere Qualitäten mußten im Werte wesentlich zurückgehen. Die Marktshopfen erzielten je nach Trockenheit und sonstiger Beschaffenheit 17 000, 21 500, 23 500, 24 500 und 25 000 M., während Gebirgshopfen 25 000, 26 000 und 27 000 M. erlösten. Holletauer Hopfen wurden zu 25 000, 25 500, 27 000 und 29 000 M. bezahlt.

Stuttgart, 7. Sept. Dem heutigen Schlachtviehmarkt waren zugetrieben: 110 Ochsen, 40 Bullen, 394 Jungbullen, 295 Jungriinder, 294 Räder, 430 Kälber, 727 Schweine, 38 Schafe und 4 Hiegen. Davon blieben unterkauft: 70 Schweine. Verkauf des Marktes: bei Großvieh in guten Qualitäten belebt, sonst langsam, bei Kälbern und Schweinen schleppend. Erlöf wurde aus 100 Pfd. Lebendgewicht: Ochsener erste Qualität 6650-7100, zweite 5500-6350; Bullen erste 6100-6600, zweite 5300-5950; Jungriinder erste 6800 bis 7150, zweite 5900-6500, dritte 4900-5600; Räder erste 4700-5300, zweite 3700-4300, dritte 2700 bis 3400; Kälber erste 8200-8600, zweite 7600-8000, dritte 7000-7400; Schweine erste 12 500-13 000, zweite 11 900-12 400, dritte 10 250-11 500 M.

Natürliches Wetter.

Der Hochdruck hat sich noch verstärkt, bleibt aber in ungünstiger Lage, so daß bei nordöstlichen Luftströmungen und ziemlich wolfigem Himmel das mäßig kühle Wetter ohne wesentliche Niederschläge für Samstag und Sonntag anhalten wird. Für später besteht Aussicht auf Wiedererwärmung und trockenes, mehrfach helteres Wetter.



Letzte Nachrichten.

Eine Beschränkung der öffentlichen Brotversorgung.
 WTB. Berlin, 8. Sept. Im Reichsrat wurde gestern eine Verordnung über die Beschränkung der öffentlichen Brotversorgung auf Minderbemittelte in der Ausschussfassung angenommen. An der öffentlichen Brotversorgung sollen vom 16. Oktober d. J. ab nur noch diejenigen teilnehmen, deren Einkommen im Jahre 1921 30 000 Mk. nicht überstiegen hat, wozu noch für jeden Angehörigen des Haushalts ein Betrag von 15 000 Mk. zurechnet wird. Für das Jahr 1922/23 soll die öffentliche Brotversorgung nur denjenigen zugute kommen, die ein Einkommen haben, das die vorhin genannten Summen um das fache übertrifft. Der Reichsrat erklärte sich ferner einverstanden mit der Verordnung über die Erhöhung der Geldbeträge in der Unfallversicherung und mit der Verordnung über die Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Angekellenerversicherung bis auf 300 000 Mark.

Keine weiteren Fortschritte.
 WTB. Berlin, 8. Sept. Wie die Blätter mitteilen, hat der gestrige Tag in den deutsch-belgischen Verhandlungen über die Frage der Garantie für die Schahweidol keine weiteren Fortschritte gebracht.

Vom volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags.

WTB. Berlin, 8. Sept. Im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags wurde gestern unter anderem ein Antrag angenommen, der die Reichsregierung ersucht, wenigstens auf ein Vierteljahr ein Verbot der Verwendung von Inlandszucker zur Herstellung von Zuckergebäck u. Nischereien zu erlassen. Angenommen wurde ferner ein Antrag, der gegen die Notlage der Presse folgende Maßnahmen fordert: Festsetzung von Höchstpreisen für Holz, Holzstoff, Zellulose und Druckpapier, Zusammenschluss der Erzeuger zu Vereinigungen zum Zweck der Festsetzung von Einheitspreisen und Preisanknüpfung unter behördlicher Mitwirkung, ferner erträgliche Zahlungs- und Kreditbedingungen für die Presse und schließlich Sicherstellung der zur Papierherzeugung notwendigen Rohstoffe, sowie des Druckpapiers. Angenommen wurde weiter eine Entschließung, wonach die Reichsregierung ungehindert den im Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 vorgesehenen Ausschuss zusammenberufen soll, um mit ihm einen neuen Preis für das erste Drittel der Umlage festzusetzen. Angenommen wurde ferner eine Entschließung der Sozialdemokraten und der Unabhängigen, worin die Reichsregierung beauftragt wird, in kürzester Zeit Bericht zu erstatten, welche Maßnahmen sie angesichts der wirtschaftlichen Notlage ergreifen wird bezüglich der Unterbindung einer Verwendung notwendiger Lebensmittel, (Getreide, Kartoffeln, Zucker usw.) zur Herstellung von Spirituosen, Sähigkeiten, der Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln, Zucker, Milch, Butter und anderen notwendigen Lebensmitteln, Beseitigung der Schlemmerei, Bekämpfung des Wuchers und Breitreibererei durch die Kartelle, intensive Agrarwirtschaft, Förderung des Wohnungsbaues, schnellste und laufende Einziehung der Besitzsteuern, Erpassung der Höhe der Zwangsanleihe an die Geldentwertung.

Reichspräsident und Marine.
 WTB. Flensburg, 7. Sept. Der Reichspräsident hat am 5. und 6. September den Verbandsführungen der Marine in der Ostsee beigewohnt und beim Verlassen des Dampfers „Braunschweig“ einen Frankenspruch an die Marine erlassen, in dem er der Beweihrung Ausdruck gibt, daß die Reichsmarine auch zu ihrem Teil an dem Wiederaufstieg der deutschen Republik mitarbeiten werde.

Der Reichspräsident in der Nordmark.
 WTB. Flensburg, 8. Sept. Im weiteren Verlauf seines flensburger Aufenthaltes besuchte der Reichspräsident größere Gebiete der Nordmark, insbesondere die hart an der Grenze gelegene Schule auf dem Regeberg. Während der ganzen Fahrt gehalten sich die Begrüßungen der Bewohner zu höchstwillkommenen Kundgebungen für das Deutschtum, zu einem Befehms der Treue zum Reich und zur Republik. Bei der Abfahrt von Flensburg richtete der Reichspräsident einige Abschiedsworte an d. s. Publikum, wobei er auf die Pflicht

des Reiches hinwies, die schwer ringende Bevölkerung der Nordmark nach besten Kräften zu unterstützen.
Die türkische Vorhut nur noch 40 Km. von Smyrna entfernt.
 WTB. Paris, 7. Sept. Nach einer Havas-Meldung aus Adana ist die griechische Südarmerie von den kemalistischen Truppen in der Gegend von Salichly umzingelt und dem Vernehmen nach trotz ihres Widerstandes gefangen genommen worden. Salichly und Sambirgi seien von den Kemalisten besetzt worden. Die türkische Vorhut befindet sich nur noch 40 Kilometer von Smyrna entfernt.

Der Vorfall in Oberkassel aufgeklärt.
 WTB. Berlin, 8. Sept. Der „Berliner Lokalanzeiger“ gibt eine Meldung des „Temps“ aus Brüssel wieder, der zufolge die Untersuchung wegen des Vorfalls in Oberkassel ergeben habe, daß der bei angedauerte belgische Unteroffizier Stas in völlig betrunkenem Zustand den belgischen Posten mit seinem Revolver erschossen und sich dann selbst getötet habe. Die belgische Regierung soll eine Erklärung vorbereiten, worin auch der deutschen Regierung Genugtuung verschafft werden soll.

Ein blutiger Zusammenstoß in Wülheim a. Ruhr.
 WTB. Wülheim a. Ruhr, 7. Sept. Im Laufe des Vortags sammelten sich mehrere Trupps Kommunisten in den Straßen der Stadt an, um gegen die herrschende Teuerung zu demonstrieren. Es kam zu Zusammenstößen mit der Gendarmerie, die den Rathausplatz und die Hauptstraßen der Stadt abspernte. Durch Unvorsichtigkeit entlud sich ein Karabiner, wodurch 5 Personen verletzt wurden, die ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Der griechische Oberbefehlshaber gefangen genommen.
 WTB. Paris, 7. Sept. Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel bestätigt es sich, daß der griechische Oberbefehlshaber Tzankis am Abend des 2. September in der Gegend von Uchel von den Kemalisten gefangen genommen worden ist.

Druck und Vertrieb der W. Nieker'schen Buchdruckerei Altensteig.
 * für die Schriftleitung verantwortlich: Rudolf Paul.

Geflügelzuchtverein Altensteig.
 Versammlung im Waldhorn, Sonntag 10. Sept., 3 Uhr. Ausstellung betreffend. Der Ausschuss.

Gummi-Abfallschläuche
Gummi-Flaschenscheiben
Gummi-Ringe für Eindunstgläser
Gummi-Sauger
Gummi-Schwämme
Gummi-Hosenträger
 gut und preiswert
 bei
Fritz Bühler jr.
 (C. W. Lutz Nachfolger).
 Altensteig.

Landw. Bezirksverein Calw.
 Auf Lager ist:
 Rhenaniaphosphat, Kaliammonsalpeter
 Schwefelsaures Ammoniak, Kainit, Viehsalz,
 Natronsalpeter, Senfstaub.
Geschäftsstelle: S. Knecht. Fernspr. Nr. 96.

Rokosfett
 ist eingetroffen und empfiehlt noch zu günstigem Preis
Schwarzwald-Drogerie Altensteig
 und Filiale Simmersfeld

Einen Buxf 5 Wochen alte, aus Fressen gewöhnliche, starke
Milchschweine
 verkauft Samstag mittag 12 Uhr
Landherr, Zumweiler.
 Visitenkarten fertigt schnell und sauber die
W. Nieker'sche Buchdr.

Altensteig.
 Fleisch eingetroffen:
Reine Wolkhoff-Bismarck-Heringe
 bei
Chr. Burghard jr.

Turnverein Altensteig.
 Gut Heil!
Samstag 9. Sept., abends 7,9 Uhr im Lokal.
Hauptversammlung.
 Wegen wichtiger Tagesordnung ist vollständiges Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig.
 Der Ausschuss.

forstamt Enzklöckerle.
Nadelstammholz-Verkauf
 im mündlichen Aufst ein
 am Donnerstag 14. Sept. 1922, nachm. 3 Uhr, um mittelbar nach Anlauf des Postautos von Wilbad her, im Waldhorn in Enzklöckerle aus dem Staatswald: Forstgen Langholz: Fa.: 35 I, 136 II, 196 III, 94 IV, 48 V, 7 VI; Edg.: Fa.: 12 I, 35 II, 8 III; Platten und Latten La gg: Fa.: 83 I, 77 II, 85 III, 42 IV, 44 V, 13 VI; St h: Fa.: 16 I, 29 II, 7 III Klasse.
 Holzverkauf für den Forstbezirk Nr. 1 D. Altensteig.

Achtung!
 125 und 180.
 Die Kameraden werden gebeten, sich zahlreich zu beteiligen. Näheres siehe Plakate.
Wreden, Vertrauensmann, Nagold.

Löwen-Lichtspiele
Nagold.
 Ab Freitag und Samstag Abend 8 Uhr,
 Sonntag 2.30, 4.30 u. 8 Uhr
Kaiserin Elisabeth von Oesterreich.
 Eine Fürstentragödie in 6 Akten.
 Erzählt von der Gräfin Barisch, der Nichte und Hofdame der Kaiserin Elisabeth. Lieben u. Leiden einer Kaiserin vom Traualtar bis zum Todestage in Genf.
 Es wird auf die prunkvolle Ausstattung des Filmes hingewiesen.
 Einen sehr guten

Ala
 bestes Putz- u. Scheuermittel
 Unentbehrlich in Haus, Werkstatt, Fabrik.
Hankel & Cie. Düsselndorf

Verlaufen
 hat sich mein Dachshund Wally, schwarz mit gelben Abzeichen. Gegen Belohnung abzugeben
Böding, Bömlerstraße.

Herb
 mit Wärmeschrank und Backofen hat zu verkaufen wer? sagt die Geschäftsstelle d. St.

Ev. Kirche Iwerenberg.
 Freundschaftliche Einladung zum
Inneren Missions-Sonntag 10. Septbr.
 1,10 Uhr Predigt von Missionar Berg, evang. Gesellschaft Stuttgart.
 2 Uhr Feiern in der Kirche; Bericht aus der Arbeit von Missionar Berg und Stadtmissionar Müller, Stuttgart.
 7,15 Uhr Lichtbildervortrag in der Kirche in Kartina-woos von Stadtmissionar Müller: Bilder aus der Inneren Mission.

Stadtgemeinde Altensteig.
Bau-Akkord.
 Die Stadtgemeinde Altensteig vergibt im Submissionswege die bei Erbauung eines Doppelhauses und zweier Einfamilienhäuser an der Freudenstädter Straße vorkommenden Bauarbeiten wie:
Grab-, Maurer- und Betonierungsarbeiten, Zimmerarbeiten, Flaschner- u. Schmiedarbeiten.
 Lusttragende Unternehmer wollen ihre Offerte nach dem Einzelpreisverfahren bis spätestens Samstag, den 9. September 1922, mittags 3 Uhr beim Stadtschultheißenamt einreichen, um welche Zeit die Eröffnung der Offerte stattfindet.
Zuschlagsfrist 1 Woche.
 Pläne, Voranschlag und Bedingungen liegen bei der unterzeichneten Stelle zur Einsicht aus.
Altensteig, 4. 9. 22.
Stadtbauamt: Henßler.

Hausfrauen
 verwendet bei den hohen Preisen für Kaffeebohnen
Kaffeemischungen,
 die außer Malz einen hohen Prozentsatz Kaffeebohnen enthalten. In verschiedenen Preislagen vorrätig in der
Löwen-Drogerie Nagold und Ebhausen.

Favorit-Moden-Album
 für Herbst und Winter
 sind eingetroffen in der
W. Nieker'schen Buchdr., Altensteig.